

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsbindern und in allen Klubs erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Verlagspreis: bis neuem gepulverten Kampfpapier aber beim  
Kauf 10 Stk. für Kommissionspreis 20 Stk. für die Kommission (anlässlich  
des 10-jährigen Bestehens der Zeitung) 1,50 RM. Kommissionspreise nur  
auf Bestellungen von 5 Stk. an in der Expedition Dresden-K., Gürtelstraße 1.

7. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 12. August 1931 Nummer 139

## Noch trokiger und fühner!

### Neuer ungeheuerlicher Anschlag aufs Volk!

Der Vorstand des Städteauschusses plant Wohlfahrtsraub über 10 Prozent, weitere Gehaltskürzung um 10 Prozent, Schul- und Lehreraabbau

Dresden, den 12. August.  
Das Berliner Tageblatt bringt an verletzter Stelle eine ungeheuerliche Meldung über neue Trostungspläne der Gemeindevorstände. Diese Pläne stellen eine erneute Verschärfung aller bisherigen Maßnahmen dar. Heute wird bereits der Vorstand des Deutschen Städtebundes diese Pläne endgültig beraten und sie dann an das Reich weitergeben. Wörtlich schreibt das Berliner Tageblatt:  
„Der engere Vorstand dieser kommunalen Spitzenorganisation ist bereits heute mittags zu einer Vorbereitungsversammlung zusammengetreten, bei der eine Anzahl von Vorschlägen zur Erörterung stand. U. a. erwägt man eine nochmalige Kürzung der Gehälter der Kommunalbeamten und -angestellten (um bis zu 10 Prozent etwa), einen Abbau der Wohlfahrtsleistungen, um einen vielleicht noch höheren Prozentsatz, Einsparung von Kosten beim Unterrichtswesen durch Zusammenlegung von Schulklassen und ähnliche Maßnahmen — und schließlich einen Umbau der Erwerbslosenfürsorge durch Zusammenlegung der Fürsorge mit der Arbeitsfürsorge und der Wohlfahrtsfürsorge.“

Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Inangriffnahme der Durchführung der faschistischen „nationalen Selbsthilfe“, dieses Generaloffensivplanes des Unternehmertums und Großkapitalismus. Dieser „nationalen Selbsthilfe“ der Kapitalisten dient auch die Hege der Nazis, Bourgeoisie und SPD. Gegen die KPD, die die verführte Trotzkismus gegen die revolutionäre Arbeiterpartei und ihre Presse. Die Kommunistische Partei hat ein Kampfprogramm der roten Selbsthilfe der Werktätigen als Gegenlösung den Plänen der Kapitalisten entgegengestellt. Die Kommunisten fordern darin:

### rote Selbsthilfe der Werktätigen

#### Die Forderungen der KPD

- Wir fordern für alle Betriebsarbeiter die Verhinderung jeglicher Lohnkürzungen, weitgehende Lohnsteigerung und die Einführung des Siebenstundentages bei vollem Lohnausgleich.
- Wir fordern für alle Erwerbslosen die Rückgängigmachung aller Abbaumaßnahmen, die weitgehende Erhöhung aller Unterhaltungen, darüber hinaus ihre sofortige Wiedererteilung in die Betriebe ohne Rücksicht auf die Profitinteressen der Unternehmer.
- Wir fordern für alle kleinen Sparer die sofortige unbefristete Auszahlung ihrer Guthaben auf Sparkassen und Banken.
- Wir fordern die sofortige Zurücknahme des Gehaltsabbaues gegen die unteren Beamten und Angestellten, darunter auch die Zurücknahme des Gehaltsabbaues und der Ratenzahlung für kleine Schupo-Berufe und Reichswehrsoldaten.
- Wir fordern für alle Sozialrentner, Kriegsgeldbesitzer und Kleinrentner die sofortige Zurücknahme aller gegen sie gerichteten Abbaumaßnahmen.
- Wir fordern für alle Gewerbetreibenden und Kleinrentner die sofortige Streichung ihrer Steuer- und Schuldlasten.
- Wir fordern für alle werktätigen Bauern die vollständige Steuerfreiheit, Pachtzins- und Schuldenfreiheit, die Enteignung des Großgrundbesitzes zugunsten der werktätigen Bauern und Handwerker.
- Wir fordern die Beschlagnahme der Lebensmittelvorräte, der Vorräte an Kleidung, Schuhwerk und Bedarfsgegenstände bei den Großfirmen und Warenhäusern zwecks unentgeltlicher Zuteilung an die Erwerbslosen und an die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung.
- Wir fordern die Beschlagnahme der Großwohnungen, Schlafsäle und Betten zwecks Einquartierung der wohnungs- und obdachlosen Familien der Werktätigen.
- Wir fordern die hundertprozentige Beschlagnahme aller Vermögenswerte und Einkünfte der Millionäre, Großverdiener, Dividendenempfangler, Aufsichtsratsmitglieder, Fabrikdirektoren und Reichsrandbesitzer.
- Wir verlangen den rückichtslosesten Gehaltsabbau für die oberen Beamtengruppen, den rückichtslosen Unterhaltungsabbau für die Gehaltslosen, den Gehalts- und Personalabbau der hochgehenden Gewerkschaftsbeamten.
- Wir fordern die Verhaftung und öffentliche Aburteilung derjenigen Kapitalisten, die sich der Kapitalflucht und des betrügerischen Bankrottes schuldig gemacht haben.
- Schon hat der Dresdner Stadtrat die ersten Schritte zur Durchführung der Pläne des Städtebundes getan. Die Löhne der kommunalen Arbeiter sollen von 1,00 Mark auf etwa 77 Pfennig herabgesetzt werden. Die Entlassung von 200 Sozialfürsorgebeamten und die Vorbereitung weiterer Entlassungen durch Entziehung der dazugehörigen Wagen mit bedeutend verringertem Gehaltszahl sind Warnsignale für die werktätige Bevölkerung.
- Die „Arbeiterstimme“ erfüllt am ersten Tage ihres Erscheinens ihre Pflicht durch Enttarnung dieser Pläne der Kapitalisten.
- In allen Betrieben, Büros und Werkstätten und auf allen Stamptischen muß jetzt Stellung genommen werden zu den

### Die rote Latwine rollt

Dresden, 12. August  
Nach vierwöchigem Verbot — es ist das zweitemal in diesem Jahre — erscheint die „Arbeiterstimme“ wieder.  
In diesen vier Wochen — halt, Pressenotverordnung! Die Pressenotverordnung, die inzwischen auf Veranlassung Seiner Majestät von Brüning und Hindenburg erlassen wurde, erlaubt nicht, das auszusprechen, was ist. Die Pressenotverordnung zwingt uns, wie Lenin es unter dem Zarismus schilderte, „auch die wenigen unumgänglichen politischen Hinweise mit der größten Vorsicht zu formulieren, in Andeutungen, gewissermaßen durch die Blume zu sprechen, in jener verfluchten Sprache, zu der der Zarismus alle Revolutionäre nötigte, sobald sie die Feder in die Hand nahmen, um etwas „Legales“ zu schreiben.“ Aber wir sind überzeugt, daß diese „Sklavensprache“ die verketteten deutschen Volksmassen schon gut verstehen werden.  
In diesen vier Wochen also gingen tiefgreifende Ereignisse vor sich, die die Verbote einer noch tiefer greifenden Entwicklung sind.  
Es gab Bankzusammenbrüche wie die der Danat- und Schröderbank. Es hagelte Rotverordnungen, 18 kommunale

neuen Plänen der herrschenden Klasse und zu den Gegenleistungen der Kommunistischen Partei! Es geht um die Existenz aller Werktätigen in Stadt und Land! Die Kommunistische Partei verpflichtet sich, im Kampf des Volkes um Arbeit, Brot und Freiheit voranzugehen! Jetzt haben die Massen das Wort!

## Geboring betreibt KPD-Verbot

Dauerhafte Pressehege von Nazis bis SPD gegen die Kommunisten als Ablenkung von den neuen Hungermaßnahmen / Belagerungszustand am Ballplatz / Erklärung des ZK / Nehmt sofort Stellung

Die kapitalistische Presseheute von den Nazis bis zu den Hehrläutern des SPD-Vorstandes überschlägt sich im hysterischen Geheul: „Wird endlich die KPD verboten?“ . . . so schreit es aus den Zellen des „Freiheitskampf“ ebenso wie aus den Spalten der offiziellen Bourgeoisblätter und der schiefkrummen SPD-Volkzeitung. Patrienengerichte und bewachte Gefängnisse werden schamlos kolportiert, um die Bevölkerung von den ungeheuerlichen Ausplünderungsplänen der besitzenden Klassen abzulenken.  
Die Staatsorgane werden ganz eindeutig aufgefordert, Gründe für ein solches Verbot zu konstruieren. Eine bürgerliche Presseagentur verbreitet bereits eine Meldung, in der es heißt: „Dagegen ist es wahrscheinlich, daß das Reichsinnenministerium in kürzester Zeit sich mit einer Anregung Preußens (!) befaßt wird, die den Zweck verfolgt, ein zentrales Verbot der KPD für das ganze Reich zu erlassen. Für ein Verbot bestechen verschiedene Handhaben, vornehmlich würde an die Vandalenregierungen des Reiches gerichtet werden, die Kommunistische Partei mit allen ihren Nebenorganisationen zu verbieten.“

Diese eindeutige, unmissverständliche Hege baut sich auf Behauptungen auf, deren „Grundlage“ die des überflüssigen und verlogenen Renofort- und Sensationsjournalismus an Niedertracht und Straußelhaftigkeit übertrifft. Verzeihungslos, Hungernd, durch die kapitalistische Lohninanspruchnahme ins Elend getriebener, werden zu „Moskauer Aktionen“ umgefächert, um die eigene Verantwortung für das Elend abzuwälzen. Ein Zusammenstoß eines Opfers der kapitalistischen Gesellschafts„Ordnung“ mit der bürgerlichen Staatsmacht, wird zum „Geheimplan des KPD“, faschistische Lockspiegel-Verbrechen dienen als willkommene Sensationsangelegenheit. Verloren u. verhöhnt soll damit werden, was wirklich in Deutschland gegen die Interessen der hungernden Massen gesandt und durchgeführt wird. Die Kommunistische Partei, ihre Presse und ihre Einrichtungen, die in unermüdlichem Kampfe um die Enthüllung und Aufhebung der wahren Zustände und ihrer Ursachen stehen, werden deshalb unter Ausnahmezustand gestellt. Während das Parlamentarische Organisierte Ueberfließen am hellen Tage durchzuführen kann, will man die Mitgliedschaft zur KPD, ja, sogar zu den revolutionären

Massenorganisationen, unter Strafe stellen. Das, was die Hitler und Hugenberg seit langem fordern, wird jetzt vorbereitet durch Sozialdemokraten in Ministersejeln und anderen Staatsposten. So wollen die national- und sozialfaschistischen Führer die Rebellion ihrer rebellierenden Mitglieder dämpfen. Das „demokratische Volkswort“ Preußen kehrt wieder an der Spitze der Einseitigkeit des faschistischen Rufes.  
Das Zentralkomitee der KPD hat auf die im Zusammenhang mit den Vorgängen am 9. August erfolgte Forderung des Karl-Liebknecht-Hauses und die damit verbundene Hege eine eindeutige Antwort erteilt:  
Wir veröffentlichen diese Erklärung in der morgigen Nr.  
Jetzt gilt es, sich um die KPD und die revolutionären Massenorganisationen zu scharen. Mit der Vertreibung ihrer Legalität wird der Massenkampf gegen Hunger und Faschismus für Arbeit, Brot und Freiheit einen gewaltigen Auftrieb erhalten!

### Das Karl-Liebknecht-Haus unter Belagerungszustand

Das Gebäude wurde von der Polizei besetzt und bleibt bis zum 20. August geschlossen  
Rechts: Die Polizei stürmt das Parteihaus

